
EINBLICK

Zwischenbilanz 2020 - 2025

AUSBLICK



Montag, 14. September 2020: Im Rathaus Buer ist der Sitzungssaal an diesem Abend bis auf den letzten Platz mit Mitgliedern der alten und neuen grünen Fraktion besetzt. Aus vorher neun Mandaten (vier Stadtverordnete und fünf Bezirksverordnete) sind am Vorabend bei der Kommunalwahl 22 Mandate geworden und zwei Tage später wird diese Zahl nach der Auszählung der Stimmen zur Wahl des Integrationsrats noch auf 24 Mandate steigen.

Ein solcher Erfolg und eine bisher unbekannte Durchmischung der Generationen und Erfahrungen ist kein Selbstläufer, schon gar nicht in einer Pandemie. Wir haben neue Strukturen und Prozesse für unsere Arbeit entwickelt, die Digitalisierung vorangetrieben und sind als Fraktion trotz zeitweiliger räumlicher Distanz immer stärker zusammengewachsen. Als Fraktionsvorsitzende könnte unsere Dankbarkeit gegenüber allen, die sich in der grünen Ratsfraktion engagieren und gemeinsam diesen Kraftakt gemeistert haben, nicht größer sein.

Was haben wir in der ersten Halbzeit der Wahlperiode aus dem Wahlergebnis gemacht? Was haben wir erreicht und was haben wir zumindest versucht zu erreichen? Und welche Ziele haben wir uns für die zweite Halbzeit gesetzt? Das alles und noch viel mehr haben wir in dieser Zwischenbilanz auf 48 Seiten komprimiert zusammengefasst. Leitlinie unserer Arbeit in den letzten 30 Monaten war immer das Ziel, unsere Stadt zum Besseren zu verändern. Gemeinsam mit den demokratischen Kräften in den politischen Gremien der Stadt Gelsenkirchen und allen Aktiven in der Stadtgesellschaft. Dazu gehörten intensive Diskussionen, aber auch Verhandlungen und Kompromisse.

In aller Bescheidenheit: Wir sehen uns als führende demokratische Kraft in der Gelsenkirchener Opposition. Wir haben in dieser Zeit viel erreicht und wir haben noch viel vor. Aber lest / lesen Sie selbst.

Glück auf!



Adrianna Gorczyk



Peter Tertocha

- Fraktionsvorsitzende -

Stand: April 2023

Inhalt

Unsere Fraktion	4
Die Fraktionsgeschäftsführung	8
SOZIALES & GESUNDHEIT	
Große Fortschritte bei der Quartiersentwicklung	9
Sozialer Arbeitsmarkt made in GE – Wege in Arbeit finanzieren	10
Gut Altwerden in Gelsenkirchen	11
Barrierefreie Toiletten – ein dringendes Bedürfnis	12
Gesundheit für alle – Initiative Gesundheitskiosk	13
Pflege sichern	14
Förderung der sozialen Jugendarbeit im Haus Eintracht	15
Entlastung im Jugendamt?! – Fachkräftemangel entlässt nicht aus der Verantwortung	16
KLIMA & MOBILITÄT	
Städtische Gebäude sanieren und neu bauen – nachhaltig und klimaneutral!	17
Klimaschutz: Im Zeichen der Großen Konzepte	18
BP-Raffinerie plant Pyrolyseöl-Produktion aus Kunststoffabfällen und propagiert das Ziel Klimaneutralität – passt das zusammen?	20
Photovoltaik und Grün für kommunale Dächer und Fassaden	22
Warten auf Dienst-E-Bikes	23
Verkehrswende: Zukunftsfähig mobil werden	24
Der Boulevard De-la-Chevalerie	26
INTEGRATION: Es geht nur gemeinsam	28
BILDUNG, SPORT & KULTUR	
Weg von ideologisch geprägten Mehrheitsbeschlüssen – hin zu den besten Schulen für Gelsenkirchen	30
Ein Meilenstein ist fast geschafft: Der Kulturentwicklungsplan	32
Quo vadis, Kaue?	33
GRÜNE fordern lange überfälligen Sportentwicklungsplan	34
STADTENTWICKLUNG, WIRTSCHAFT & ORDNUNG	
Entwicklung der Innenstädte	37
Wir stehen zum Bäderkonzept!	38
Den Wandel von Bestattungen und Trauer a(ttra)ktiv gestalten	39
Hundewiesen: Soziales Miteinander für Mensch und Tier	40
Wirtschaftsförderung: Eine Reform, die keine ist	41
Finanzen: Strukturen erhalten – Investitionen tätigen	42
Kommunale Ordnung als Dienst verstehen	44
LIVESTREAM: GroKo erliegt dem Druck der Opposition	45
Verabschiedungen und Dank	46
Impressum und Bildrechte	47

Unsere Fraktion

// Stadtverordnete



David Fischer

Stellv. Fraktionsvorsitzender

Bildungs-, Haupt- & Sportausschuss



Silke Fondermann

Bau- & Verkehrsausschuss



Adrianna Gorczyk

Fraktionsvorsitzende

Haupt- & Kulturausschuss



Dennis Hoffmann

Rechnungsprüfungs-, Stadtplanungs-
& Wirtschaftsausschuss



Patrick Jedamzik

Bau- & Umweltausschuss,
Bezirksverordneter Mitte



Mirco Kranefeld

Ordnungs- & Verkehrsausschuss,
Bezirksfraktionsvorsitzender West



Franziska Schwinge

Sozial- & Wirtschaftsausschuss,
Integrationsrat



Peter Tertocha

Fraktionsvorsitzender

Haupt- & Rechnungsprüfungsausschuss



Burkhard Wüllscheidt

Bau- & Stadtplanungsausschuss



Ingrid Wüllscheidt

Stellv. Fraktionsvorsitzende

Sozial- & Gesundheitsausschuss



Judith Zimmermann

Gesundheits- & Ordnungsausschuss,
Bezirksverordnete West

Unsere Fraktion

// Bezirksverordnete & Sachkundige



Anna Abbas

Bezirksfraktionsvorsitzende Mitte



Leslie Bartel | Bezirksverordnete Ost



Jan Dworatzek | Wirtschaftsausschuss



Derya Halici | Bildungs- & Sportausschuss, Integrationsrat



Benedikt Hölker | Umweltausschuss



Leonie Kattermann | Umweltausschuss



Karen Modersohn-Kluth

Integrationsrat, Verkehrs- &
Wirtschaftsausschuss



Barbara Oehmichen | Beirat für Senioren



Jens Olfers

Sozialausschuss, Beirat für
Menschen mit Behinderungen



Mabel-Mara Platz | Bezirksfraktionsvors. Süd, Ordnungsausschuss



Bernd Rudde

Bezirksfraktionsvorsitzender Nord,
Stadtplanungs- & Verkehrsausschuss



Jan Philip Schaaf | Bezirksverordneter Süd, Bildungsausschuss



Lisa Schiferle | Bezirksverordnete Nord



Stephan Tondorf | Bezirksfraktionsvorsitzender Ost, Ausschuss für
Kinder, Jugend und Familien



Niklas Witzel

Bezirksverordneter Nord, Kulturausschuss



Die Fraktionsgeschäftsführung

Sören Konrad, Wiebke Wexeler und Meike Gerwin sind das hauptamtliche Team hinter der Grünen Fraktion und unterstützen die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen unter anderem mit Recherche- und inhaltlicher Zuarbeit, Organisation, Öffentlichkeitsarbeit und Administrativem.

Seit April 2021 sind Meike und Sören im Fraktionsbüro tätig und bilden die Geschäftsführung, Wiebke ist seit März 2022 als Fraktionsmitarbeiterin mit einer Teilzeitstelle dabei. Die drei betreuen die vier Ar-

beitskreise der Fraktion und haben ihre Schwerpunkte in den folgenden Bereichen: Soziales, Gesundheit, Kinder, Jugend und Familien (Wiebke), Bildung, Sport, Kultur, Integration, Finanzen, Prävention und Ordnung, Wirtschaftsförderung (Sören), Klimaschutz und Umwelt, Stadtentwicklung, Verkehr und Mobilität sowie die Bezirksvertretungen (Meike).

- : *Das Fraktionsbüro ist auch*
- : *für eure Anliegen da:*
- : *gruene-fraktion@gelsenkirchen.de*
- : *0209.169-3942, -2070 oder -2769*

Große Fortschritte bei der Quartiersentwicklung

Kinderarmut, schwierige soziale Bedingungen und immer wieder neue Nachbar*innen: Uns ist wichtig, dass die Quartiere nicht sich selbst überlassen bleiben, sondern dass die Menschen vor Ort alle Unterstützung bekommen, um ihnen echte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Die Förderung der Quartiersarbeit ist für uns „Herzenssache“. Den Grundstein dafür haben wir bereits 2019 gelegt, als es uns gelungen ist, für die Jahre 2020 und 2021 jeweils 330 000 Euro zur Stärkung der Quartiersarbeit im Haushalt zu verankern.

Fördersumme reicht noch nicht aus

Da wir wissen, dass diese Summe noch nicht ausreicht, um in mehreren Quartieren feste Kümmer*innen-Stellen zu schaffen, sind wir „drangeblieben“: In den Haushaltsverhandlungen für 2022 und 2023 konnten wir zusätzlich je 60 000 Euro für Quartiersprojekte sichern.

So stellen wir die Quartiersarbeit auf immer breitere Füße. Dank unseres Einsatzes wird in Schalke ein



Quartiersladen mit einer*einem professionellen Kümmer*in entstehen, mit der*dem das Quartiersmanagement verstetigt werden kann – auch nach Auslaufen des Stadterneuerungsprogramms.

Auch für die Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit der Amigonianer im Haus Eintracht in Schalke (► Seite 15) und das soziokulturelle Zentrum Alfred-Zingler-Haus haben wir uns in den letzten Jahren erfolgreich eingesetzt. Weitere Quartiere haben wir im Blick!

Sozialer Arbeitsmarkt made in GE - Wege in Arbeit finanzieren



Vor zehn Jahren haben sich Politik und zahlreiche Sozialpartner*innen in Gelsenkirchen gemeinsam aufgemacht, der hohen und verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit etwas entgegen zu setzen. Andere Kommunen haben sich dem „Gelsenkirchener Appell“ angeschlossen und mit Hilfe medialer Aufmerksamkeit in Berlin Gehör gefunden. So wurde 2019 mit der Einführung des § 16i im Sozialgesetzbuch (SGB) II die Grundlage für den Sozialen Arbeitsmarkt geschaffen.

Dieser ist in Gelsenkirchen mit weit über 600 solcher Arbeitsplätze ein voller Erfolg geworden und laut Jobcenter mit guten Integrationsquoten und wenigen Abbrüchen eine der erfolgreichsten Eingliederungsmaßnahmen. Vielen Menschen konnte somit der Weg in die dauerhafte In-

tegration in den ersten Arbeitsmarkt und damit eine berufliche Perspektive eröffnet werden.

Im letzten Jahr wurde das Modell von der Bundesregierung entfristet, so dass es einen Sozialen Arbeitsmarkt nun dauerhaft geben wird, allerdings wurden die den Kommunen zur Verfügung gestellten Mittel gekürzt. Die Sozialpartner*innen und die Politik in unserer Stadt haben Ende 2022 deshalb erneut gemeinsam die Weiterentwicklung des Sozialen Arbeitsmarktes vom Bund eingefordert, die nur auf Basis einer verlässlichen Finanzierung möglich ist.

Wir wollen nicht Arbeitslosigkeit, sondern Wege in die Arbeit finanziert wissen! Deshalb unterstützen wir als GRÜNE den „Gelsenkirchener Appell 2022“ selbstverständlich weiterhin.



Gut Altwerden in Gelsenkirchen

Nach fast drei Jahren Corona-Pandemie hat sich die Lebenssituation für viele Gelsenkirchener*innen weiter verschlechtert. Deutlich hat sich gezeigt, dass arme Menschen ein besonders hohes Risiko haben, bei Bildung, Gesundheitsvorsorge und sozialer Teilhabe benachteiligt zu werden. Der Krieg in der Ukraine und der extreme Anstieg von Energie- und Lebenshaltungskosten hat diese Entwicklung noch weiter verschärft.

Auch ein würdevolles und nach eigenen Vorstellungen gestaltetes Altern wird bei zunehmender Altersarmut immer schwieriger. Zudem hat die Vereinsamung während der

Pandemie deutlich zugenommen. Es ist nachvollziehbar, dass viele Senior*innen sich aus Angst vor Ansteckung und Erkrankung massiv zurückgezogen haben. Daher steht für uns die Wiederbelebung der zahlreichen und bewährten Angebote der vielfältigen Senior*innenarbeit in unserer Stadt jetzt im Vordergrund.

Unsere Forderung nach aufsuchender Beratung für ältere und pflegebedürftige Menschen hat damit aber auch enorm an Bedeutung gewonnen. Wir werden diesen Ansatz im Seniorenbeirat und im Sozialausschuss weiterhin vehement einfordern.

Barrierefreie Toiletten - ein dringendes Bedürfnis

Barrierefreie öffentliche Toiletten, die auch abends noch geöffnet sind, sind in Gelsenkirchen mehr als selten. Zwar erweckt die Stadt auf einem Flyer und auf ihrer Internetseite mit einer langen Auflistung den Eindruck, dass es eine ausreichende Versorgung geben würde, schaut man aber nur auf die Toiletten, die auch nach 19 Uhr noch geöffnet sind, dann bleibt nur noch eine einstellige Zahl übrig. Und die befinden sich bis auf gerade mal zwei Ausnahmen alle auf den städtischen Friedhöfen.

Deshalb hat die Grüne Fraktion in den letzten Haushaltsberatungen beantragt und auch durchgesetzt, dass im Jahr 2023 ein Konzept entwickelt wird, das die Versorgungslage vor al-

lem in den Haupt- und Nebenzentren der Stadt deutlich verbessern soll. Berücksichtigt werden sollen dabei die notwendige Barrierefreiheit der Toiletten und die Öffnungszeiten, die mindestens bis in die späten Abendstunden gegeben sein müssen. Denkbar wären für uns etwa der Bau neuer Anlagen, die Sanierung alter Anlagen, Projekte im Rahmen des Konzepts „Nette Toilette“, sogenannte Trockentoiletten oder eine Kombination dieser Möglichkeiten.

Und damit das Ganze nicht endlos dauert, wurde auch festgelegt, dass dieses Konzept im Laufe des Jahres 2023 allen zuständigen Gremien vorgelegt und 2024 eine Pilotphase stattfinden wird.





Gesundheit für alle - Initiative Gesundheitskiosk

Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung ist nicht für alle in Gelsenkirchen lebenden Menschen selbstverständlich. Unser Gesundheitssystem ist kompliziert, der Zugang erfordert die Überwindung zahlreicher Barrieren. Ein leicht zugängliches, vernetztes Angebot zur gesundheitlichen Prävention zu schaffen, war daher eine Forderung in unserem Kommunalwahlprogramm.

Deshalb haben wir uns ein solches Angebot in unserer Nachbarstadt Essen angeschaut. Dort wurde in zwei Stadtteilen das Angebot eines „Gesundheitskiosk“ entwickelt. Nun hat sich auch Gelsenkirchen aufgemacht, ein solch präventives Angebot für seine vielfältige Bevölkerung auf den

Weg zu bringen. Die bessere medizinische Versorgung für die Menschen vor Ort, die Stärkung der Gesundheitskompetenz und der Orientierung im Gesundheitssystem sowie der Abbau von Ängsten und Barrieren in Bezug auf die Gesundheitsversorgung sollen dabei Ziele sein.

Als Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit arbeitet unsere Stadtverordnete Ingrid Wüllscheidt in der eigens geschaffenen Arbeitsgruppe mit. In Zusammenarbeit mit Ärzteschaft, Selbsthilfeorganisationen, Krankenkassen, Wohlfahrtsverbänden und Gesundheitsamt soll so im Herbst 2024 ein für Gelsenkirchen passendes Präventionskonzept wie etwa ein „Gesundheitskiosk“ stehen.



Pflege sichern

Nicht zuletzt der demografische Wandel wird die pflegerische Versorgung der alternden Gesellschaft in den nächsten Jahren zu einer der wichtigsten politischen Herausforderungen machen. Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen steigt weiterhin rasant an, die Anzahl ausgebildeter Pflegekräfte deckt den Bedarf schon heute nicht mehr.

Der Ausbildung von qualifiziertem Pflegepersonal muss deshalb besondere Bedeutung zukommen! Vor allem vor diesem Hintergrund ist es überhaupt nicht hinnehmbar, wenn geplante Ausbildungskurse an Pflegeschulen ausfallen müssen. So geschehen in einer Gelsenkirchener

Altenpflegeschule. Drei Kurse, die im Herbst 2022 voll belegt starten sollten, wurden wegen Mangel an pflegepädagogischem Lehrpersonal kurzfristig abgesagt. Wir haben das Thema öffentlich gemacht und breite – auch überregionale – Aufmerksamkeit erhalten.

In der Pflegekonferenz der Stadt Gelsenkirchen haben wir erreicht, dass ein Brief an den Landesgesundheitsminister Laumann verabschiedet wurde. Er wurde darin aufgefordert, Lösungen für den Mangel an Pflegepädagog*innen zu finden und somit den Wegfall von dringend benötigten Ausbildungsplätzen zu verhindern.

Förderung der sozialen Jugendarbeit im Haus Eintracht



Die Amigonianer leisten seit Jahren erfolgreich soziale Jugendarbeit in Gelsenkirchen. Für das Jahr 2022 haben wir über die Haushaltsverhandlungen dafür gesorgt, dass mit dem Projekt „Gemeinsam stark in Schalke“ die Jugendarbeit an der Grillostraße im Haus Eintracht fortgesetzt werden konnte.

Nach den insbesondere für Kinder und Jugendliche belastenden Corona-Jahren ist Sozialarbeit im Quartier dringlicher denn je gefordert. Hier werden Teilhabechancen im direkten Lebensumfeld auch für Familien spürbar gefördert und niedrigschwellige Unterstützung geboten. Deshalb haben wir GRÜNE uns auch 2023 für

das Projekt stark gemacht und eine langfristige Finanzierung eingefordert, um beispielsweise eine Intensivierung der Sozialarbeit und eine Erweiterung der Öffnungszeiten zu ermöglichen. Das war mit der Großen Koalition leider nicht zu machen.

Arbeit ein weiteres Jahr gesichert

Trotzdem konnten wir die erfolgreiche Jugend- und Familienarbeit der Amigonianer auf Schalke mit 60 000 Euro für ein weiteres Jahr sichern. Die stetige finanzielle Förderung des Projekts bleibt unser erklärtes Ziel, wir werden uns auch in den kommenden Jahren dafür einsetzen.

Entlastung im Jugendamt?!

Fachkräftemangel entlässt nicht aus der Verantwortung

Im Zuge des Tarifstreiks im Sozial- und Erziehungsdienst im Frühjahr 2022 haben sich insbesondere Mitarbeitende des Jugendamts und der Gelsenkirchener Kindertagesstätten (GeKita) erneut öffentlichkeitswirksam über die extrem belastenden Arbeitsbedingungen empört. Die Beschäftigten berichteten unter anderem, dass es in Gelsenkirchen viel zu wenig Personal für viel zu viele Fälle gebe, was zu einem hohen Krankenstand und Kündigungen führe. Sie hatten große Sorge, den Kindern, Jugendlichen und Familien nicht mehr gerecht werden zu können.

Umfangreicher Fragenkatalog

Wir GRÜNE haben uns in einem persönlichen Gespräch die Perspektive der Mitarbeitenden und ihre Lösungsvorschläge angehört und der Verwaltung daraufhin mit einem umfangreichen Fragenkatalog im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familien auf den Zahn gefühlt. Seit-



her ist die „Aktuelle Situation im Allgemeinen Städtischen Sozialdienst“ (ASD) ständiger Tagesordnungspunkt in jeder Sitzung. Die Stadt gibt sich bemüht, die Situation der Beschäftigten trotz des massiven Fachkräftemangels und der geringen Attraktivität eines Arbeitsplatzes in Gelsenkirchen zu verbessern. Dies kann leider nur in kleinen Schritten und bei einem konstruktiven Miteinander gelingen. Wir werden die Situation im Sinne der Mitarbeitenden weiterhin kritisch beobachten und für mögliche Entlastungen streiten.

Städtische Gebäude sanieren und neu bauen - nachhaltig und klimaneutral!

Auf unsere Nachfragen und Forderungen hin, insbesondere im Ausschuss für Bau und Liegenschaften (ABL), verspricht die Verwaltung seit Jahren, einen Gebäudeleitfaden für Sanierungs- und Neubauprojekte der Stadt vorzulegen. Wir GRÜNE haben immer wieder gefordert, dass ein solcher Leitfaden Grundlage werden müsse für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen durch die Nutzung städtischer Immobilien und für die Klimaanpassung in der Stadt.

Klimagerechte Standards

Mit klimagerechten Standards bezüglich der Energieversorgung dieser Gebäude, der Verwendung ressourcenschonender Baustoffe und der Klimaanpassung dienenden Dach- und Fassadenbegrünungen, die – wo immer es geht – mit Solaranlagen kombiniert werden, soll dieser Weg beschritten werden. Dabei ist immer der ganze Lebenszyklus solcher Gebäude zu betrachten,



insbesondere bei Entscheidungen zwischen Neubau und Sanierungsmöglichkeiten.

Diese Standards müssen auch für die Eigenbetriebe und Tochtergesellschaften der Stadt verbindlich werden. Ein Leitfaden wäre damit eine große Chance und absolute Voraussetzung für die Erreichung der Klimaneutralität im Konzern Stadt, wie sie der Rat im Februar 2023 endlich als Ziel beschlossen hat. Wir GRÜNE fordern, dass ein solcher Leitfaden noch in diesem Jahr vorgelegt und verabschiedet wird.

Klimaschutz: Im Zeichen der großen Konzepte

Die Arbeit des Ausschusses für Umwelt, Nachhaltigkeit, Klimaschutz (UNK) stand in der ersten Hälfte der Wahlperiode im Zeichen zweier Konzepte, die Gelsenkirchen nachhaltiger, lebenswerter und nicht zuletzt klimaneutral machen sollen: Das Klimakonzept 2030/45 und der zugehörige, aber separat erstellte, Masterplan Mobilität.

Die nachhaltige Gestaltung der Zukunft der Stadt – damit Gelsenkirchen seinen Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels beisteuert und eine lebenswerte Stadt für alle Bürger*innen entsteht – ist für uns nach wie vor ein zentrales Ziel. Dies erfordert nachhaltige Stadtentwicklung in all ihren Aspekten ernst zu nehmen – von der Verkehrswende über die Anpassung an den Klimawandel bis hin zur klimaneutralen Energieversorgung.

Hier zeigt sich schon, dass es eine strukturierte, ambitionierte Herangehensweise braucht. Die beiden bereits vor einigen Jahren in Auftrag gegeben-

nen Konzepte sollten dieses Ziel erfüllen, allerdings mussten wir uns bis Ende 2022 gedulden, bis sie uns vorlagen. Mit dem Masterplan wurde uns ein Konzept an die Hand gegeben, das wichtige und mutige Schritte für die Verkehrswende enthielt – und dennoch mussten wir es nach einer Aushöhlung durch die Große Koalition schlussendlich ablehnen (► Seite 24).

Eine Querschnittsaufgabe

Um die laut Klimakonzept nötigen 70 Prozent Einsparungen beim CO₂-Verbrauch bis 2030 zu erreichen, muss Klimaschutz endlich als eine Querschnittsaufgabe erkannt werden. 21 neue Stellen in der Verwaltung und den stadt eigenen Betrieben sind hierbei ein wichtiger erster Schritt. Gleichzeitig hängt es von der genauen Gestaltung der Maßnahmen, der Priorisierung innerhalb von Verwaltung und Politik sowie der Geschwindigkeit der Implementierung ab, ob Gelsenkirchen eine

Chance hat, seine Klimaschutzziele zu erreichen.

Gelsenkirchen muss Vorbild sein

Uns war es dabei wichtig, eine stärkere Verbindlichkeit herzustellen: Erstens muss die Stadt Vorbild sein und selbst bereits 2040 klimaneutral werden. Zweitens muss Klimaschutz in der Stadtplanung eine größere Rolle spielen. Diese beiden Punkte konnten wir erfolgreich in Gesprächen mit SPD, CDU und FDP in das Konzept integrieren.

Trotzdem ist das Erreichen der Klimaneutralität bei Weitem keine Selbstverständlichkeit – dafür sind die nötigen Einsparungen zu hoch und die Zeit zu knapp. Wir sehen es daher als unsere Aufgabe für die zweite Hälfte der Wahlperiode und darüber hinaus, die Umsetzung kritisch zu begleiten und die Implementierung aller Maßnahmen gemäß dem Zeitplan bei Politik und Verwaltung stetig einzufordern, um eine nachhaltige, klimaneutrale und lebenswerte Stadt für alle zu erreichen.



BP-Raffinerie plant Pyrolyseöl- Produktion aus Kunststoffabfällen und propagiert das Ziel Klimaneu- tralität – Passt das zusammen?

Seit mehreren Jahren hat das BP-Management für seine Gelsenkirchener Raffinerien das Ziel ausgegeben, spätestens bis 2050 klimaneutral zu werden. Erster Schritt dahin sei die begonnene Umstellung der Energie- und Wärmeversorgung der Raffinerie auf erneuerbare Energien.

Ein weiterer Schritt seien die seit 2021 gemeinsam mit einem amerikanischen Investor verfolgten Pläne zum Aufbau einer großen Anlage zur Pyrolyseöl-Produktion aus Kunststoffabfällen in Scholven. Damit soll begonnen werden, fossiles Erdöl als Haupteinsatzstoff in der Raffinerie zu ersetzen.

Soweit und so gut die verfolgten und behaupteten Ziele – gebaut werden soll die Anlage allerdings im Bereich der vor einigen Jahren gescheiterten BP-Norderweiterung in einem Landschaftsschutzgebiet in Scholven.

Während SPD und CDU sofort fast uneingeschränkte Begeisterung für die geplante Pyrolyseöl-Anlage zeigten, haben wir GRÜNE das Bauungsplanverfahren von Beginn an sehr kritisch begleitet und ein ergebnisoffenes Verfahren gefordert. Wir haben dazu eine Expertenanhörung durchgesetzt, die im November 2022 stattgefunden hat – allerdings nichtöffentlich und nur mit einem (!) wissenschaftlichen Experten neben Vertretern von BP und dem amerikanischen Investor.

Erschreckende Ergebnisse

Die Ergebnisse waren für uns eher erschreckend: Mehr offene Fragen als Antworten zur Ausgereiftheit dieses Produktionsverfahrens und unklare Antworten zu möglichen Dioxin-Belastungen der Umgebungsluft. Zudem wird gleich die weltweit



größte Anlage in Scholven geplant, obwohl eine wissenschaftliche Prüfung durch das Umweltbundesamt und Erfahrungen durch tatsächlich funktionierende kleinere Erprobungsanlagen noch ausstehen. Außerdem will die Verwaltung auf Wunsch von BP den Bebauungsplan so gestalten, dass andere „zukunftsweisende Industrieanlagen“ in diesem Landschaftsschutzgebiet möglich werden und der seit weit über zehn Jahren dort schon angesiedelte

und nur als Provisorium genehmigte Partnerfirmenhof der BP legalisiert wird.

Wenn wir auch die ausgegebenen strategischen Ziele von BP Richtung Klimaneutralität grundsätzlich sehr begrüßen, werden wir dadurch nicht blind bezüglich der konkreten Planungen. Wir GRÜNE werden die Pläne weiterhin an ihrer Ausrichtung weg von fossilen Einsatzstoffen hin zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Welt messen!

Photovoltaik und Grün für kommunale Dächer und Fassaden

Bereits seit 2019 gibt es den einstimmigen Ratsbeschluss zur Klimaanpassung durch Begrünung der kommunalen Dächer und Fassaden. Wir GRÜNE haben immer wieder ergänzend gefordert, dass – wo immer es geht – auch Photovoltaik auf die Dächer gehört.

Was ist passiert? Im Konzern Stadt wenig bis nichts, vor allem langatmige Prüfungen der Möglichkeiten. 2021 ist zumindest ein kommunales Programm zur Förderung von Solaranlagen auf privaten Immobilien und zum Beispiel Mieterbalkonen gestartet. Die Nachfrage war rasant. Und wir GRÜNE konnten in den letzten Haushaltsberatungen eine Aufstockung der Fördermittel für 2023 erreichen.

EPG entwickelt Geschäftsmodell

Ebenfalls auf unseren Vorschlag soll nun eine seit über zehn Jahren fast untätige Tochtergesellschaft der Stadtwerke, die ELE-GEW Photovoltaikgesellschaft (EPG), ein Geschäftsmodell entwickeln, das möglichst viele der über 200 kommunalen Dächer mit Solaranlagen ausrüstet. Dabei



sollten die Dachflächen im maximalen Umfang genutzt werden. Bisher waren die wenigen städtischen Photovoltaik-Dächer in der Regel begrenzt auf den Eigenbedarf in diesen Gebäuden. Das muss anders werden.

Unser Vorschlag in der Septembersitzung 2022 des Ausschusses für Bau und Liegenschaften (ABL) war, für die neue Gesellschaft ein Geschäftsmodell zu entwickeln, das die Finanzierung, den Bau und gegebenenfalls auch die Vermarktung des erzeugten Stroms sicherstellt. Für die Energiewende gut und nebenbei auch noch ökonomisch interessant für die Stadt! Der Rat der Stadt hat nun am 10. Februar 2023 den Weg dafür freigemacht und die Mitglieder für den zukünftigen Aufsichtsrat der EPG benannt.

Warten auf Dienst-E-Bikes

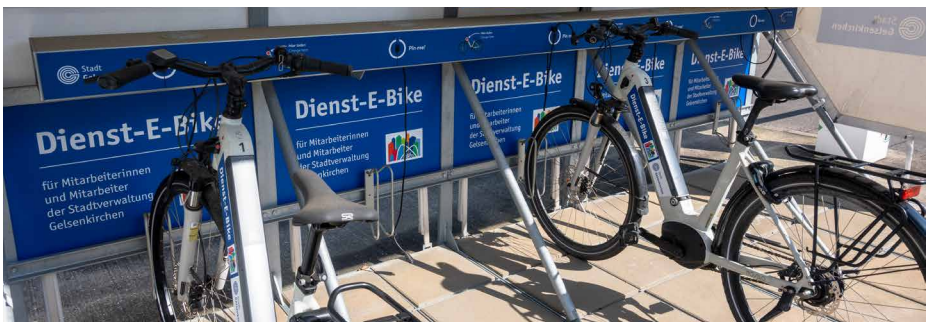
Um mehr Beschäftigte fürs Radfahren zu begeistern, hat die Stadt im Rahmen der Programmplanung Radverkehr 2019 die Anschaffung von Dienst-E-Bikes geplant. Eigentlich sollten die städtischen Beschäftigten die Räder Ende 2020 benutzen können, aber erst verzögerte sich die Lieferung der bestellten E-Bikes, dann waren zwar die Fahrräder da, aber die App zur Buchung der Räder musste noch erprobt werden. Danach musste eine „Dienstanweisung zur Nutzung der E-Bikes“ (!) formuliert werden, um der Arbeitssicherheit zu entsprechen. Radfahren im Dienst scheint ziemlich erklärungsbedürftig zu sein.

Im April 2022 konnten die E-Bikes noch immer nicht genutzt werden. „Wo bleibt der versprochene Beitrag der Stadtverwaltung zur aktiven Gestaltung der Verkehrswende?“ fragten

wir im Ausschuss für Verkehr und Mobilitätsentwicklung, erhielten jedoch keine Antwort. Als dann die Presse unsere Anfrage aufgriff, kam plötzlich Bewegung in die Sache. Ab Ende Juli 2022 konnten die städtischen Beschäftigten die Dienst-E-Bikes endlich nutzen.

Geld zum Fenster hinausgeworfen

Die Leasingrate in Höhe von monatlich 2340,73 Euro hat die Stadt allerdings schon seit Juni 2021 gezahlt. Mindestens 28 000 Euro wurden also gezahlt, ohne dass die Mitarbeitenden der Stadt tatsächlich mit den E-Bikes unterwegs sein konnten. Hier wurde viel Geld zum Fenster hinausgeworfen. Und hätten wir nicht hartnäckig nachgefragt, wäre es wohl noch mehr geworden...



Verkehrswende: Zukunftsfähig mobil werden

Unser Ziel war, ist und bleibt es, die Verkehrswende in Gelsenkirchen endlich zu schaffen. Der nun von der Politik beschlossene Masterplan Mobilität sollte hierzu das zentrale Instrument sein.

Der ursprünglich von der Verwaltung eingebrachte Masterplan war aus unserer Sicht vielversprechend. Die darin enthaltenen Vorschläge gingen der Großen Koalition aus SPD und CDU aber zu weit, weshalb diese 25 Änderungsanträge zugunsten des PKW-Verkehrs einreichte und durchdrückte. So war der Masterplan Mobilität für uns nicht mehr wiederzuerkennen und wir mussten ihn ablehnen.

Wer die Verkehrswende wirklich möchte, muss diese auch mit Leben füllen. Wasser predigen und Wein trinken, wie die Große Koalition, ist mit uns nicht zu machen. Deshalb werden wir bei den zu beschließenden Einzelmaßnahmen des Masterplans weiterhin auf die ursprüngliche Fassung hinarbeiten.

Leider ist mit dem geänderten Masterplan nun auch der von uns angestrebte Rückbau von überdimen-

sionierten Straßen erstmal auf Eis gelegt. Außerdem sind nun gute und sichere Radwege schwieriger zu realisieren. Dennoch erkennen wir die aktuellen Bemühungen der Verwaltung mit der fortlaufenden Radwegplanung und den damit verbundenen Einzelmaßnahmen zur Besserung der Radwegesituation an und werden diese weiter kritisch begleiten.

Aktuelle Lösungen sind unattraktiv

Mit der Umgestaltung der Hiberniastraße wird unsere Forderung aus den Haushaltsberatungen 2020, den Hauptbahnhof besser an das Radwegenetz anzubinden, realisiert. Eine direkte, sichere und alltagstaugliche Nord-Süd-Radverbindung bleibt dagegen eine Zukunftsaufgabe. Die aktuellen Lösungen bleiben unattraktiv.

Beim ÖPNV sind wir dem Ziel des Ringschlusses der Straßenbahnlinie 301 von Horst zur Altstadt ein gehöriges Stück nähergekommen. Diese Maßnahme soll in die nächsten Planungsschritte gehen, um die Förderfähigkeit zu prüfen. Dabei bevorzugen wir eine Streckenführung über



die Feldmark zur Innenstadt. Diese verspricht eine bessere Anbindung der äußeren Stadtteile und mehr Fahrgastzuwächse. Bei einer ersten Potenzialanalyse mussten wir uns den Realitäten stellen und von einer Straßenbahnanbindung der Westfälischen Hochschule verabschieden, da die Fahrgastzuwächse zu gering wären. Die Verlängerung der Straßenbahn 302 bis nach Hassel bleibt

unser erklärtes Ziel, wenn nicht jetzt, dann in Zukunft.

Verbesserung im Nahverkehrsplan

Darüber hinaus steht im nächsten Jahr der neue Nahverkehrsplan in Gelsenkirchen an. Hier wollen wir große Verbesserungen im Ausbau und bei der Taktverdichtung für Bus und Bahn erwirken.

Der Boulevard De-la-Chevallerie

So oder auch liebevoll pöttisch verkürzt „DLC“ oder „die Schwallerie“ wird sie genannt: die zentrale Verkehrsachse durch die Mitte von Buer. Sie hat eine lange Geschichte, die leider voller Missverständnisse ist.

Hieß es seitens der Verwaltung in 2019 noch, nun werde für mehr Sicherheit gesorgt, in dem man einen blau gefärbten Schutzstreifen für Radfahrende markiere, so war schon kurz danach für alle Verkehrsteilnehmenden klar: So kann es nicht gehen. Das dachte sich auch die Bezirksvertretung Nord und beauftragte die Verwaltung mit der Erstellung eines Gutachtens, mit dem

der Durchgangsverkehr von der De-la-Chevallerie-Straße auf den sogenannten Buerschen Ring gelenkt werden sollte – Fertigstellung Ende 2020! Wir GRÜNE hakten nach und erfuhrten: Das Gutachten war noch nicht einmal beauftragt. Stand April 2023 liegt es noch immer nicht vor.

Zum Scheitern verurteilt

Ebenso zum Scheitern verurteilt war auch unsere Unterstützung des Quartiersnetzes Buer-Ost, das den simplen, aber sehr effektiven Vorschlag gemacht hat, den Radverkehr bis zum Vorliegen des Gutachtens von der



De-la-Chevallerie-Straße herunter zu nehmen, stattdessen mehr oder weniger parallel durch die Hagenstraße zu führen und diese in eine unechte Fahrradstraße umzuwidmen.

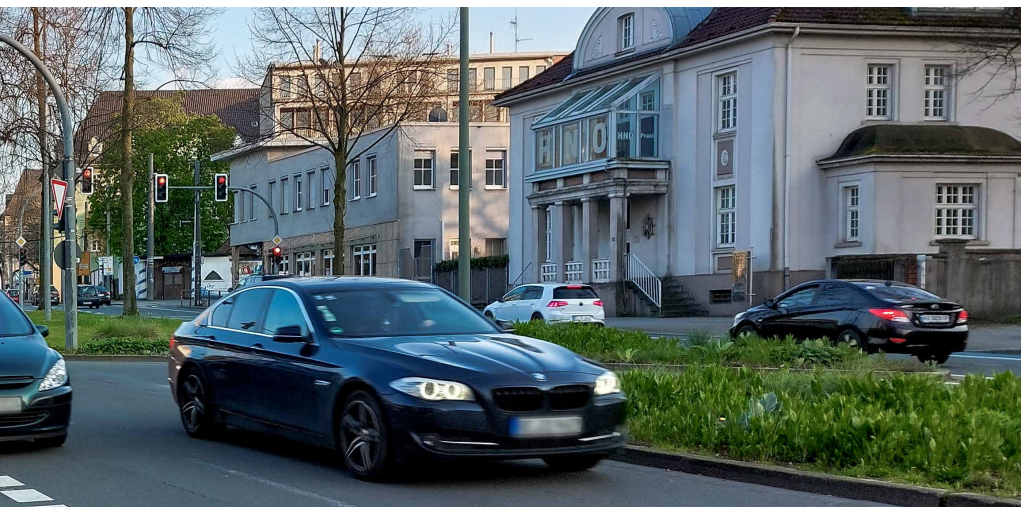
Das fand aber weder Zustimmung beim Referat Verkehr („den Radfahrern würde dort falsche Sicherheit vorgegaukelt“!) noch bei den beiden hiesigen Mehrheitsfraktionen von SPD und CDU. Nicht einmal unser Vorschlag einer sogenannten „separated bike lane“, also ein baulich abgetrennter Radfahrstreifen und sei es nur als Pilotprojekt auf kürzerer Strecke, wurde in Betracht gezogen: Nicht praktikabel, zu teuer, zu reparaturbedürftig – war die Antwort.

Dann kam die Verwaltung (nicht ganz freiwillig) 2021 auf die Idee, den gestrichelten Schutzstreifen gegen

einen Radfahrstreifen mit durchgezogener Linie zu tauschen. Bereits ein Jahr später wurde diese Maßnahme zwar Wirklichkeit, doch wer früher mal in der Fahrschule gelernt hat, dass eine durchgezogene Linie wie eine Mauer ist, wird hier eines Besseren belehrt.

Sehr, sehr dicke Bretter zu bohren

Und so schreiben wir nun das Jahr 2023 – die Große Koalition hat in ihrer unendlichen Weisheit im sogenannten Masterplan Mobilität jegliche Veränderung an der De-la-Chevallerie-Straße auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben – und wir GRÜNE werden nicht müde, weiter sehr, sehr dicke Bretter für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden zu bohren.





Integration: Es geht nur gemeinsam

Parallel zur letzten Kommunalwahl wurde im September 2020 in unserer Stadt auch der Integrationsrat neu gewählt. Zum ersten Mal in der Gelsenkirchener Geschichte sind hier nach einem Ergebnis von 11,2 Prozent auch zwei von der migrantischen Community gewählte Personen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertreten. Da sich der Integrationsrat zu zwei Dritteln aus direkt gewähl-

ten Personen und zu einem Drittel aus Ratsmitgliedern zusammensetzt, sind wir nun zu dritt.

Drei Stadt-Gremien und Landesrat

Der Start des neuen Integrationsrates war allerdings etwas chaotisch. So sollte zum Beispiel einzeln über die Personenvorschläge des Integrationsrats für die Ausschüsse und Bei-

räte abgestimmt werden, was zur Folge gehabt hätte, dass wir am Ende in keinem Beirat oder Ausschuss vertreten gewesen wären. Ebenso durfte in der ersten Sitzung eine Person mit abstimmen, die kein Mitglied des Integrationsrats war. Wir haben dies rechtlich prüfen lassen und einige Wochen später mussten Abstimmungen wiederholt werden, seitdem sind wir in drei Gremien der Stadt (Beirat für Menschen mit Behinderung, Verkehrsausschuss und Wirtschaftsausschuss) vertreten. Darüber hinaus haben wir nun auch eine Delegierte in der Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrats.

Vielfalt statt Einfalt

Migration und Integration sind seit über 100 Jahren Bestandteil der Gelsenkirchener Entwicklung, Vielfalt statt Einfalt ist ein Baustein für ein gelungenes Zusammenleben. Im Kommunalwahlkampf hatten wir das große Glück, viele Initiativen, Vereine und Organisationen besuchen und uns mit diesen austauschen zu können, um in Erfahrung zu bringen, wo „der Schuh drückt“.

Unser Ziel war und ist es, als Botschafterinnen und Brückenbauerinnen ein starkes Netzwerk aufzubauen, um gemeinsam inklusiv und integrativ einen starken Dialog zu

schaffen. Dieser Weg war hürdenreich und teils ziemlich steinig. Trotz alledem haben wir im Rückblick viel Wertschätzung und Dankbarkeit für unseren Einsatz erfahren.

Die zahlreichen Einladungen unter anderem von der alevitischen und der jüdischen, von christlichen und muslimischen Gemeinden sowie vielen Vereinen zeigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Es ist uns gelungen, den interreligiösen Dialog zu stärken und eigene Projekte in den städtischen Haushalt einzubringen.

So wurden beispielsweise auf Antrag fast aller Mitglieder des Integrationsrates die jährlichen Zuschüsse für interkulturelle Projekte um 50 Prozent erhöht, über die konkrete Verteilung der Gelder entscheidet nun der Integrationsrat.

Integrationsausschuss als Ziel

Wir sind in allen vier Arbeitskreisen der Fraktion vertreten, versuchen dort Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln und anschließend gemeinsam umzusetzen. Unser Ziel ist es weiterhin, den Integrationsrat zur nächsten Wahl 2025 auch in Gelsenkirchen in einen Integrationsausschuss umzuwandeln, da ein Ausschuss deutlich mehr Gewicht und somit auch mehr Mitspracherecht hätte. Es gibt noch viel zu tun. Packen wir es an!

Weg von ideologisch geprägten Mehrheitsbeschlüssen - hin zu den besten Schulen für Gelsenkirchen

Bei der Schulentwicklungsplanung für alle Schulformen der Stadt Gelsenkirchen musste den Veränderungen auf Seiten des Landes NRW Rechnung getragen werden – insbesondere bei der Umsetzung der Förderprogramme zur Digitalisierung, der Zuwanderung aus Südosteuropa sowie der Aufnahme von Geflüchteten aus den Krisenregionen der Welt, dem anstehenden Rechtsanspruch auf den Offenen Ganzttag an Schulen sowie dem allgemeinen Fachkräftemangel.

Somit ist eine nachhaltige Aufstellung der Bildungslandschaft in Gelsenkirchen sehr komplex und nur durch eine gute Zusammenarbeit und gemeinsame Anstrengung zwischen Verwaltung und Politik zu verwirklichen. Zu groß ist nach wie vor der Integrationsdruck und die Aufnahmekapazitäten an den Gelsenkirchener Schulen sind immer noch zu klein.

Aktuell liegt der Fokus auf der Deckung des Schulplatzangebotes auf-

grund der im aktuellen Schulgutachten vorgenommenen Prognose, dass im Jahr 2024 etwa 130 Eingangsklassen mehr an den Grundschulen gebildet werden müssen. Dieser Trend von erhöhtem Schulraumbedarf setzt sich danach in den weiterführenden Schulen fort.

Weitere Grund- und Gesamtschulen

Die überfällige Errichtung einer weiteren Gesamtschule in Gelsenkirchen-Mitte schreitet voran – eine jahrzehntelange Forderung GRÜNER Wahlprogramme. Zusätzlich wird es mit unserer Unterstützung eine zweite neue Gesamtschule am Standort Consol in Bismarck geben sowie vier neue Grundschulen, von denen eine in der Ebersteinstraße bereits fertiggestellt wurde.

Auch eine zusätzliche weiterführende Schule im Gelsenkirchener Süden wird von uns unterstützt. Hier favorisieren wir eine Schule für gemeinsames, längeres Lernen,



sofern dies dem Elternwillen folgt. Die konstruktiv-kritische Begleitung der Umsetzung dieser Schulraumentwicklung durch Sanierung und Neubau, die Digitalisierung, die Integration der Schüler*innen aus den Internationalen Förderklassen in die Stadtgesellschaft sowie die Weiterführung der Inklusion und Schulentwicklung im Bereich der Sekundarstufen I und II bleiben kurz- und mittelfristig die vorrangigen bildungspolitischen Aufgaben.

Wir GRÜNE fordern daher die demokratischen Fraktionen und Parteien auf, bei der Lösung dieser Mammutaufgaben und im Sinne einer gelingenden Umsetzung dieser Schulentwicklungsplanung, im Schulterschluss mit der Verwaltung und der Einbringung aller fachpolitischen Expertisen weiterhin so konsensorientiert zusammenzuarbeiten, um unseren Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die besten Schulen bereitzustellen.

Ein Meilenstein ist fast geschafft: Der *Kulturentwicklungsplan*

Ein kulturpolitischer Schwerpunkt im grünen Kommunalwahlprogramm war die Entwicklung eines kommunalen Kulturentwicklungsplans (KEP)*, der eine Vision der Kulturlandschaft in Gelsenkirchen für die nächsten zehn Jahre darlegen soll. Schon zweiinhalb Jahre später steht der KEP kurz vor seiner Fertigstellung und kann wichtige Weichen für die Zukunft stellen.

Überfällige und fundierte Analyse

Verantwortlich für den Prozess zeichnet sich das Beratungsunternehmen „Startklar a+b“, das 2021 vom Referat Kultur mit dem KEP beauftragt worden war. Mit zahlreichen Beteiligungs- und Diskussionsformaten, die unterschiedliche Zielgruppen der Stadtgesellschaft ansprachen, hat das Team eine aus grüner Sicht längst überfällige und fundierte Analyse erarbeitet. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass nur wenige Stimmen eingefangen werden konnten, die ohnehin schon wenig kulturelle Teilhabe erfahren.

Bis zum Sommer 2023 wird allen Beteiligten aus Kulturszene, Stadtver-



waltung, Politik und Stadtgesellschaft der Abschlussbericht mit einem breiten Spektrum an Handlungsempfehlungen vorgelegt werden. Dann wird es darum gehen, Prioritäten zu benennen und konkrete Maßnahmen zu beschließen – und nicht zuletzt ausreichende Haushaltsmittel für die Umsetzung bereitzustellen.

Unsere kulturpolitische Sprecherin Adrianna Gorczyk hat den KEP-Prozess intensiv begleitet, war Mitglied des beratenden „KEP-Forum“ und wohnte einzelnen Fach-Workshops sowie der Strategie-Konferenz bei. Wir sind uns sicher: schon der ‚Weg zum Ziel‘ hat Mängel und Bedarfe offengelegt und positive Impulse für mehr persönlichen Austausch und eine regelmäßige Vernetzung gesetzt.

Quo vadis, Kaue?!

April 2021: Das Stadtmagazin *isso* leakt die drohende Schließung des mit vielen Erinnerungen verbundenen Veranstaltungsortes Kaue und die Stadtgesellschaft protestiert.

Auch wir GRÜNE haben uns schon früh zur Rettung der Kaue bekannt, aber auch gefordert, diese Entscheidung bewusst und in Kenntnis aller relevanten Informationen – etwa des jährlichen Defizits – treffen zu können. Über Monate war die politische Debatte zur Zukunft der Kaue zäh und unbefriedigend: es gab entweder nicht ausreichend oder teilweise widersprüchliche Informationen, Austauschformate und alternative Nutzungsideen (zum Beispiel als soziokulturelles Zentrum) führten ins Leere.

Profil benötigt ein Zukunfts-Update

Erst die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und urbane Szene im November 2022 ermöglichte eine öffentliche Aussprache mit den Verantwortlichen der Stadtwerke und *emschertainment* und klärte offene Punkte, etwa dass die Emscher-Lippe-Halle nicht wieder als Spielstätte in Betrieb genommen wird. Mit dem Haushaltsbeschluss für das Jahr 2023,



den die grüne Ratsfraktion mitträgt, ist die Kaue zwar vorerst finanziell abgesichert, aber ihr Profil als Kulturstätte benötigt eine Schärfung und ein Zukunfts-Update. Der enorme Sanierungstau des Gebäudes darf in Zeiten von Energiekrise und Diskursen um einen klimaneutralen Kulturbetrieb nicht außer Acht gelassen werden.

Ein von SPD und CDU getragener Beschluss sieht weiterhin einen Veranstaltungsbetrieb durch *emschertainment* vor, in dem aber auch die Freie Szene Raum und Unterstützung finden können soll. Ein ähnliches Konzept wird in der neuen Heilig-Kreuz-Kirche verfolgt, hier ist es aber viel deutlicher und verlässlicher ausbuchstabiert. So gibt es aus unserer Sicht nun eine kurzfristige Lösung, die aber noch zukunftsfähig ausgestaltet werden muss.

GRÜNE fordern lange überfälligen Sportentwicklungsplan

Seit vielen Jahren fordern wir einen brauchbaren Sportentwicklungsplan, der mithilfe einer gründlichen Bedarfsanalyse Handlungsempfehlungen und objektive Entscheidungskriterien liefert, um nachhaltige sportpolitische Investitionsentscheidungen treffen zu können. Bis zur letzten Legislatur konnten solche Entscheidungen lediglich im Vertrauen auf die Kompetenzen der Sportverwaltung getroffen werden. Für begründete sportpolitische Entscheidungen sind jedoch befragungsbasierte Erkenntnisse notwendig, aus denen sich dann geeignete Handlungsempfehlungen ableiten.

Sportpolitische Diskussionen können nur mithilfe von objektiven Kriterien und Erkenntnissen geführt werden. Durch die personelle und strukturelle Neuaufstellung von Gelsensport – das Sondermodell aus Interessenvertretung der Gelsenkirchener Sportvereine und Integration von Teilen der Sportverwaltung – konnte der jahrelange „Filz“, insbesondere durch unsere Oppositionsarbeit im Fachausschuss und im Rat der Stadt, zu Fall gebracht werden.

So wurde beispielsweise durch unsere Initiative das Gelsenkirchener Sondermodell mittels einer Organisationsanalyse auf den Prüfstand gestellt.

Der in diesem Jahr zu erwartende Abschluss dieser Analyse wird Handlungsempfehlungen abgeben, inwieweit das Modell Gelsensport zukunftstauglich ist oder einer Revision geeigneter Ratsbeschlüsse bedarf. Den dringendsten Bedarf und Fokus bis zum Ende dieser Legislatur für die Sportstättenentwicklungsplanung sehen wir bei den Themen Neubau des Zentralbades, der Standortzukunft des ETuS Reitvereins, der Sanierung des Südstadions und einer geeigneten Sportstätte für den Cricketsport in Gelsenkirchen.

Wieso wir ständig nach einem Bagger fragen ...

Zur Erinnerung: ETuS Reitverein und ETuS-Fußballer teilten sich einen Platz an der Dessauerstraße. Nach einem lukrativen Angebot durch offizielle Vertreter der Verwaltung der Stadt haben die Fußballer den Platz

geräumt und teilen sich nun das Südstadion mit der SG Eintracht 07/12. Der Platz an der Dessauerstraße wurde ausgeschrieben und in einem Bieterverfahren versteigert. Hierbei ging der Zuschlag jedoch zunächst weder an den Reitverein noch an den Investor, sondern an eine dritte Partei. Derzeit (April 2023) ist diese Partei nicht bekannt. Der ehemalige Fußballplatz ist enorm stark mit Industriealtlasten verseucht, was vermuten lässt, dass hier „auf Zeit“ gespielt wird.

Und was hat das mit dem Bagger zu tun, fragt ihr euch? Das Südstadion ist

seit Jahren sanierungsbedürftig. Die Stehstufenanlage sowie die Duschen und Umkleieräume aber auch die Bewässerung sind eine Dauerbaustelle, bei der die Verantwortlichen seit Jahren hingehalten werden.

Versprechungen nicht eingehalten

Nun sollte man meinen, dass die Versprechungen, die von hochrangigen Vertreter*innen von Gelsensport und Wirtschaftsförderung gemacht wurden, auch eingehalten werden: Leider ist dem nicht so. Auf Nachfrage



erhielten wir die Antwort: „Von derzeit aktiven Personen wurden keine Zusagen gegeben“ und damit sollten die Vereine sich zufriedengeben.

Ehrenamtliche ausgebremst

Nun gab es aber in beiden betroffenen Vereinen sehr aktive Ehrenamtliche (inkl. eines Baggerfahrers), die gern die Stadt bei der Erfüllung der gegebenen Versprechen auch mit Eigenleistungen unterstützt hätten. Leider ist dies aus versicherungsrechtlichen Gründen nicht möglich.

Wir warten also weiter darauf, dass die Stadt ihre Versprechen einhält, denn: Versprochen ist versprochen!

Wir GRÜNE fordern deshalb die Aufstellung eines Sportentwicklungsplanes, der den Bedürfnissen der Sportlandschaft des organisierten und nichtorganisierten Sports gerecht wird, integrierte Handlungskonzepte sowie das Bäderkonzept für Gelsenkirchen berücksichtigt und deutliche Handlungsempfehlungen sowie Entscheidungskriterien und -hilfen für die politischen Entscheidungsträger*innen enthält.



Entwicklung der *Innenstädte*



Wie sieht die Zukunft unserer Innenstädte aus? Dieser Frage haben wir uns in verschiedenen Ausschüssen gewidmet. Dabei geht es um eine klimaresiliente Innenstadt, in der man es im Sommer noch aushält, oder darum, wie man attraktive Einkaufserlebnisse schafft, während sich der Konsum zunehmend in den Online-Handel verlagert – unsere Innenstädte stehen vor unvermeidbaren Veränderungsprozessen.

Fest steht, dass die Innenstadt der Zukunft

- Aufenthaltsqualität durch Gastro und Grün für alle bietet
- insbesondere lokale Einkaufsmöglichkeiten erhält / ausbaut
- Handwerk mitdenkt
- mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen muss

Aufgrund der Herausforderungen haben wir uns besonders für weitergehende Unterstützungsangebote der Gastronomiebetriebe eingesetzt. In Gesprächen mit betroffenen Gastronom*innen konnten wir entsprechende Schwierigkeiten sowie Bedarfe identifizieren und infolgedessen reduzierte Gebühren für die Außen-gastronomie und Beratungsangebote hinsichtlich der in diesem Jahr in Kraft getretenen Pflicht zu Mehrwegprodukten mit entsprechenden Haushaltsmitteln durchsetzen.

Maßnahmen jetzt ergreifen

Wir GRÜNE werden auch weiterhin verdeutlichen, dass die Zukunft unserer Innenstädte ganzheitlich gedacht und Maßnahmen schon jetzt ergriffen werden müssen.

Wir stehen zum Bäderkonzept!

In der Wahlperiode 2014 bis 2020 haben wir uns vehement für den Erhalt aller vier Hallenbad-Standorte (inklusive Sportparadies) eingesetzt und erreicht, dass die ursprünglichen Pläne von SPD und Verwaltung zur Reduzierung auf drei Standorte nicht umgesetzt wurden. Alle Standorte wurden 2019 in einem Kompromiss dauerhaft abgesichert und der Standort des neuen Zentralbads an die City gebunden.

Für uns sind öffentliche Bäder keine freiwillige Leistung der Stadt, sie sind unter anderem wegen der Verbesserung der Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen und der Freizeitbedürfnisse der Bevölkerung mit einer Pflichtaufgabe gleichzusetzen. Deshalb ging es in einem ersten Schritt zunächst um den Erhalt der Standorte. Ob dies durch Sanierung oder Neubau erreicht wird, ist im Einzelfall von technischen und finanziellen Rahmenbedingungen abhängig.

Da dies beim Zentralbad ergab, dass eine Sanierung nicht sinnvoll, sondern ein Neubau die bessere Lösung ist, haben wir diesen Weg unterstützt. Aber genauso haben wir klargemacht, dass



der Neubau entweder auf dem bisherigen oder auf einem benachbarten Grundstück erfolgen muss.

Allen immer wieder aufkommenden Gedanken, das Zentralbad doch lieber im Revierpark Nienhausen oder an einem anderen dezentralen Ort neu zu bauen, erteilen wir eine klare Absage und werten dies als Bruch des zwischen den Parteien ausgehandelten Kompromisses. Fraktionsvorsitzender Peter Tertocha formulierte bereits 2019: „Es heißt ‚Zentralbad‘ und nicht ‚In-der-Nähe-von-Essen-Bad‘“.

Wenn sich die Politik nicht mit breiter Mehrheit auf eine gemeinsame Lösung verständigt, dann werden wir darauf bestehen, dass ein Ratsbürgerentscheid durchgeführt und die Entscheidung von der Gelsenkirchener Bevölkerung getroffen wird.

Den Wandel von Bestattungen und Trauer attraktiv gestalten



Friedhöfe sind grüne Lungen unserer Stadt! Leider werden die Kosten für Unterhalt und Pflege nicht im städtischen Haushalt berücksichtigt, sondern müssen von den Gebührenzahlenden beglichen werden. Infolgedessen steigen Friedhofsgebühren und Beerdigungskosten jedes Jahr, so dass sich immer mehr Gelsenkirchener*innen aus finanziellen Gründen nicht mehr in ihrem Heimatort beisetzen lassen.

Eine Veränderung der Bestattungskultur und die steigenden Gebühren führen zu einem massiv ansteigenden Anteil an Urnenbestattungen, die weniger Platz in Anspruch nehmen als Erdbestattungsgräber. Im Laufe der Jahre hat sich unter anderem deshalb ein erheblicher Überhang eigentlich nicht mehr für Bestattungen benö-

tigter Friedhofsflächen angesammelt. Ein Fass ohne Boden und für uns GRÜNE ein unzumutbarer Zustand.

Aus diesem Grund haben wir seit Jahren den Friedhof und seine weitere Entwicklung durch Gelsendienste im Blick und fordern etwa, den allgemeinen Grünflächenanteil aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren, einen Entwicklungsplan für Friedhöfe zu entwerfen und diese weiterzudenken. Den Wandel von Bestattungen und Trauer können wir jetzt mitbestimmen!

Seit geraumer Zeit fehlt den Besucher*innen der Friedhöfe das Gefühl von Sicherheit, denn ungenutzte Flächen bedeuten auch mangelnde soziale Kontrolle. Durch gezielte Umnutzung können wir Friedhöfe ganzheitlich attraktiver gestalten. Im Fokus stehen muss dabei das öffentliche Grün, das auch als Naherholungsfläche von Besucher*innen genutzt werden können sollte, ebenso wie die Sanierung oder Erneuerung bestimmter Trauerhallen. Denn nur wo es schön ist, möchten wir auch verweilen und nur wo wir gern verweilen, sind wir nicht mehr allein.

Hundewiesen: Soziales

Miteinander für Mensch und Tier



Hundewiesen sind wichtig, damit die Tiere ein besseres Sozialverhalten erlernen und sich austoben können. Auch die Hundebesitzer*innen kommen auf solchen Wiesen schneller in Kontakt, können sich über Probleme austauschen und bekommen gute Tipps anhand der Erfahrungen anderer. Dabei spielt die Erreichbarkeit der Wiesen eine große Rolle, denn nicht alle Menschen sind mobil genug, um ans andere Ende der Stadt zu fahren und für Hunde bedeuten längere Fahrten häufig eine Menge Stress.

Aus diesem Grund haben wir GRÜNE uns im Haushalt 2023 für eine weitere Hundewiese im Süden der Stadt stark gemacht. So ist es bald für mehr Menschen möglich, eine

Hundeaustaufstelle fußläufig zu erreichen und dort auch den Austausch mit Menschen aus demselben Stadtteil zu pflegen. Zum Beispiel könnte es so noch einfacher zu organisieren sein, sich gegenseitig bei der Hundebetreuung zu unterstützen.

Sicherheit durch Zaun oder Hecke

Um eine gewisse Sicherheit zu gewährleisten, wird auch die neue Hundewiese durch einen Zaun oder eine Hecke deutlich vom Rest der Fläche abgegrenzt werden, sodass alle Hunde auch ohne Leine frei herumtoben können. Wir wollen uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass es Mensch und Tier in unserer Stadt gefällt.

Wirtschaftsförderung: Eine Reform, die keine ist



Auf Basis eines Antrags der CDU wurden 70 000 Euro für eine Machbarkeitsstudie zur Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung in den Haushalt 2022 eingestellt. Im Rahmen dieser Studie wurden verschiedene Akteur*innen der Gelsenkirchener Wirtschaft befragt und ein regelmäßig tagendes Gremium mit Vertreter*innen der Parteien eingerichtet. Am Ende dieses Prozesses wurde im Ausschuss diskutiert: Die Hauptempfehlung der Studie ist die Einrichtung einer GmbH (wie auch in einigen anderen Ruhrgebietsstädten) und ein Neustart der Wirtschaftsförderung.

Schwerpunktmäßig haben wir GRÜNE uns für die Unterstützung kleiner bis mittelständischer Unternehmen

und Neugründende sowie geeignete Betreuungsstrukturen für migrantisches Unternehmen eingesetzt.

Letzten Endes einigte sich die Große Koalition lediglich auf eine begrenzte Stellenaufstockung – deutlich weniger als von den Gutachter*innen empfohlen. Eine Entscheidung, die zudem durch einen Vorstandsbeschluss und nicht durch die politischen Gremien getroffen wurde. Die teure Machbarkeitsstudie hätte man sich in Anbetracht dieser Maßnahmen sparen können, die angestrebte Reform der Wirtschaftsförderung bleibt aus. Trotz alledem konnten wir GRÜNE dafür sorgen, dass die von uns gesetzten Schwerpunkte bei der Stellenaufstockung berücksichtigt werden.

Finanzen: Strukturen erhalten - Investitionen tätigen

- „Ausgeglichene Kommunal финанzen sind eines der Hauptziele grüner Finanzpolitik. Eine sparsame Haushaltsführung und der Abbau von Schulden sind für uns ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Wir halten es für falsch, zukünftigen Generationen Defizite in Millionenhöhe aufzubürden. Gleichzeitig dürfen aber auch wichtige Investitionen in unsere Zukunft nicht auf der Strecke bleiben.“
- **Zwischenbilanz Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Gelsenkirchen, Mai 2018, S. 43**

An unserer Feststellung aus 2018 hat sich für uns nichts verändert. Deshalb entscheiden wir die Frage, ob wir einem Haushaltsplan zustimmen, auch weiterhin in jedem Jahr neu. In Zeiten knapper Kassen muss eine Stadt Prioritäten setzen.

Für uns ist es unverzichtbar, dass die vorhandene Infrastruktur in den Bereichen Jugend, Sport, Kultur, Bildung und Soziales erhalten bleibt und an vielen Stellen auch ausgeweitet wird. Ebenso sind aber auch dringend Investitionen in den Bereichen Klimaschutz und Verkehr erforderlich. Wir wollen eine Stadt, die für alle hier wohnenden Menschen lebenswert bleibt und nicht kaputtgespart wird.

Wenn wir mit unseren Änderungsanträgen zu einem Haushaltsplan-

entwurf eine starke grüne Handschrift und einen grünen Faden im Haushalt verankern können, dann stimmen wir einem Haushalt zu. Wenn dies an der Großen Koalition aus SPD und CDU scheitert, dann tragen wir den Haushalt nicht mit.

So geschehen 2021, da die Gelsenkirchener GroKo wochenlang keine ernsthafte Diskussion über die grünen Anträge führen wollte. 2022 und 2023 scheinen SPD und CDU daraus gelernt und grüne Inhalte akzeptiert zu haben, so dass es auch eine grüne Zustimmung zum Haushalt gab.

Was aber nach wie vor fehlt, ist eine Lösung für das Altschuldenproblem. Für diese Altschulden sind überwiegend die Länder und der Bund verantwortlich, da sie den Städten



und Gemeinden immer wieder Aufgaben aufgebürdet haben, ohne die Kosten hierfür zu übernehmen. Die Möglichkeit, dies in der Niedrigzinsphase durch einen Altschuldenfonds zu korrigieren, ist von der abgewählten CDU/FDP-Landesregierung verschlafen worden.

Altschuldenproblematik bleibt

Die erhöhten Zuweisungen des Landes NRW im Rahmen des Gemeinde-

finanzierungsgesetzes 2023 sind ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie sind aber nicht die Lösung des Problems. Es muss dringend zu einer strukturellen Lösung durch eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Ländern kommen.

Das jahrelange Hin und Her löst das Problem nicht, aus eigener Kraft kann auch Gelsenkirchen das Problem, für das es nicht verantwortlich ist, nicht lösen. Die Zeit drängt.

Kommunale Ordnung als Dienst verstehen

Der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) leistet einen wichtigen Beitrag für ein gelingendes Zusammenleben in unserer Stadt. Dabei ist das Aufgabenfeld im Ordnungsbereich sehr vielfältig und umfangreich. Diese Herausforderungen machen es notwendig, den KOD personell und materiell sehr gut auszustatten.

Wir GRÜNE haben uns stets für eine entsprechende schrittweise Ausweitung des KOD sowie dessen Wirken bis in die Bezirke hinein stark gemacht und dieser Ausbau wurde nun von der Stadt eingeleitet. Es soll einen Streifendienst sowie einen Bezirksdienst geben, so dass sowohl die Ordnungsschwerpunkte abgedeckt als auch in den Quartieren vertraute Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehen werden.

Chance für neue Dienstmodelle

Da wir den neuen Dienstmodellen des KOD eine Chance geben wollen sich zu etablieren, werden wir unsere frühere Idee von Mobilien KOD-Wachen hintanstellen. Ebenso begrüßen wir die zeitliche Auswei-



tung der Präsenz des KOD in den Sommermonaten bis 23 Uhr und in den Wintermonaten bis 22 Uhr. Wir könnten uns optional sogar eine noch größere Zeitspanne vorstellen.

Die von der Verwaltung geplante Einführung von Bodycams beim KOD begleiten wir mit Interesse, aber auch kritisch. Insbesondere haben wir noch Klärungsbedarf bezüglich des genauen Rahmens, in dem die Kameras eingesetzt werden sollen, um das Einsatzgeschehen objektiv zu dokumentieren und auch die Einsatzkräfte vor Übergriffen zu schützen.

Jede neue Ausstattung muss jedoch zu entsprechenden Aus- und Fortbildungen führen und die Akzeptanz des Personals haben.

GroKo erliegt dem Druck der Opposition: Endlich Livestream!

Am 23. Juni 2022 startete die Stadt Gelsenkirchen endlich die Live-Übertragung ihrer Ratssitzungen. Die Aufzeichnungen werden in einer Mediathek* zum nachträglichen Ansehen zur Verfügung gestellt, dabei kann direkt zum gewünschten Tagesordnungspunkt der jeweiligen Sitzung gesprungen werden. Die Sitzungen erfahren auch immer eine Begleitung durch Gebärdendolmetschende.

Nur diejenigen Vertreter*innen aus Verwaltung und Politik, die dazu ihr Einverständnis gegeben haben, werden mit Ton übertragen. Mit Bild präsentiert wird die Sitzungsleitung sowie alle, die an das Redepult treten. Der Livestream-Service kostete die Stadt Gelsenkirchen in der Pilotphase knapp 29 000 Euro.

Als GRÜNE beteiligen wir uns intensiv an der Verbesserung des Livestreams in einer dafür eingerichteten Arbeitsgruppe, in der zum Beispiel auch die Zugriffszahlen transparent gemacht werden. Eine erste

wissenschaftlich begleitete Evaluation erfolgt im ersten Halbjahr 2023. Aus unserer Sicht braucht es zeitnah eine dritte Kameraeinstellung als Totalperspektive. Auch ist die Navigation online noch zu umständlich.

Es hat über sieben Jahre und noch mehr Nerven gekostet, bis der Rat der Stadt am 30. September 2021 endlich die Entscheidung für ein „Rats-TV“ getroffen hatte. Leider wissen die Menschen bis heute nicht, wie sich einzelne Stadtverordnete zum Livestream

verhalten haben, da die Abstimmung auf Antrag der CDU-Fraktion geheim erfolgte, was wir heftig kritisiert haben.

Als Opposition unter Führung der GRÜNEN haben wir der Großen Koalition, die lange Zeit keine einheitliche Positionierung vorweisen konnte und den Prozess verschleppte, ordentlich Druck gemacht. Auf unserer Homepage [gruenege.de](https://www.gruenege.de) wird ausführlich beschrieben, wie wir das Thema vorangebracht haben (Suchfeld: „Livestream“ eingeben).



Verabschiedung und Dank

Im Laufe der ersten Hälfte der aktuellen Ratsperiode haben einige Mitglieder die grüne Ratsfraktion verlassen. Für Ihr Engagement möchten wir ihnen allen unseren Dank aussprechen.



Birgit Wehrhöfer

war Stadtverordnete und verkehrspolitische Sprecherin der grünen Fraktion.

Aufgrund einer neuen beruflichen Herausforderung hat sie ihr Mandat als Stadtverordnete im Januar 2023 aufgegeben. Birgit ist passionierte Radfahrerin und warb bei Verwaltung und Stadtgesellschaft intensiv für die Verkehrswende. Genauso wichtig sind ihr sozialpolitische Themen gewesen, die sie als Mitglied im Ausschuss für Soziales und Arbeit vorangetrieben hat. Wir danken Birgit von Herzen für ihren unermüdlichen Einsatz für die grüne Ratsfraktion.



Ilayda Bostancieri

war Stadtverordnete, vom Rat entsandtes Mitglied im Integrationsrat sowie stellvertretende

Fraktionsvorsitzende. Mit der Landtagswahl 2022 hat sie den

Einzug in den Landtag von Nordrhein-Westfalen geschafft, wo sie Sprecherin für Frauen, Gleichstellung und Queerpolitik der grünen Landtagsfraktion ist. Auch als Landtagsabgeordnete versteht sie sich weiterhin als starke grüne Stimme gegen Armut und Diskriminierung und für Gelsenkirchen und das Ruhrgebiet. Wir danken Ilayda, wünschen ihr bei ihrer neuen Aufgabe als Berufspolitikerin alles Gute und freuen uns über den kurzen Draht nach Düsseldorf.

Bei **Martin Feldmann** und **Matti Horst** bedanken wir uns herzlich für ihre Etappe als Bezirksverordnete für den Bezirk Ost. **Stefanie Funke** gilt unser herzlicher Dank für ihr Engagement als Bezirksverordnete für den Bezirk Nord.

Mit einem großen Dankeschön und den besten Wünschen für ihre berufliche Zukunft verabschieden wir **Tanja Honka** als sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Verkehr und Mobilität.



IMPRESSUM

Herausgeberin

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Gelsenkirchen
Adrianna Gorczyk und Peter Tertocha (Fraktionsvorsitzende)

Hans-Sachs-Haus

Ebertstraße 11

45879 Gelsenkirchen

Tel.: 0209 / 169-3942, -2769 oder -2070.

Mail: gruene-fraktion@gelsenkirchen.de

Web: www.gruenege.de

Layout Mike Lautenschläger M. A., Herne, laut@relamedia.de

Druck druckfrisch medienzentrum ruhr, Industriestraße 17, 44628 Herne

Fotos

Seiten 4-5 / S. 6 (Fotos 1, 2, 7) / S. 7 (Fotos 1, 2, 4-8): Anna-Lisa Konrad

Seite 11: [pasja1000 \(www.pixabay.com\)](http://www.pixabay.com)

Seite 14: Sabine van Erp (www.pixabay.com)

Seite 28: Amy Elting (www.unsplash.com)

Seite 35: Zosia Korcz (www.unsplash.com)

Seite 45: Matteo Bernardis (www.unsplash.com)

Seite 46: Anna-Lisa Konrad

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Gelsenkirchen



@gruenege



@gruenege



@gruene_fraktion_ge



Interesse an unserem Newsletter?
Einfach QR-Code scannen und anmelden.
<https://gruenege.de/anmeldung-newsletter/>